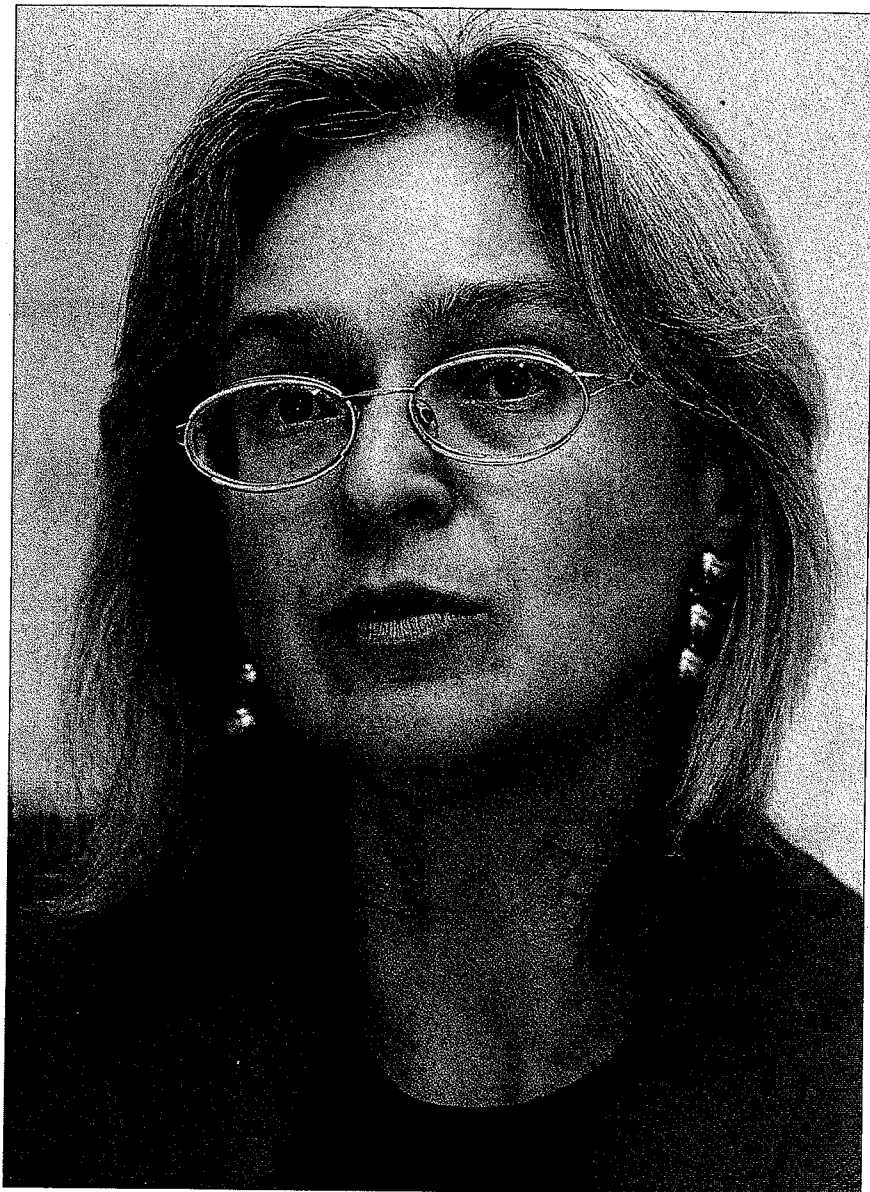


Der angekündigte Tod

Die russische Journalistin Anna Politkowskaja hat ihre Ermordung vorausgeahnt



Anna Politkowskaja: Hellsichtig, kompromisslos und todesmutig. (Peter Endig/EPA)

NZZ am Sonntag 25.3.07

Anna Politkovskaja: Russisches Tagebuch. Dumont, Köln 2007. 458 Seiten, Fr. 44.90.

Von Tessa Szyszkowitz

«Es geht um den Aufbau einer sogenannten Staatswirtschaft, angeblich im Namen und zum Wohle des Volkes», notierte Anna Politkovskaja in ihrem neuen Buch: «Tatsächlich aber handelt es sich um eine Bürokratenökonomie, dominiert von Staatsbeamten als alles beherrschenden Oligarchen. Die sich umso oligarchischer gebärden, je weiter oben sie in der bürokratischen Hierarchie stehen. Dieses Konzept einer Staatsoligarchie hat ein kleiner Kreis von Putin-Vertrauten erfunden, und natürlich Putin selbst.»

Anna Politkovskajas journalistisches Vermächtnis hat viele Kernsätze. Nahezu jede ihrer Feststellungen ist messerscharf kritisch, unbarmherzig und tief pessimistisch. Von Dezember 2003 bis August 2006 schrieb die Redaktorin der in Moskau erscheinenden Zeitung «Nowaja Gaseta» ihr politisches Tagebuch. Am 7. Oktober 2006 erschoss ein Auftragsmörder die 48-jährige Mutter zweier erwachsener Kinder im Lift ihres Wohnhauses. Ihr letztes Buch geriet damit zur Chronologie eines angekündigten Todes.

Im Dezember 2003 berichtete die Reporterin über die russischen Parlamentswahlen. Die demokratischen Kleinparteien schafften den Einzug in die Staatsduma nicht. Als einzige Oppositionspartei zu Präsident Putins Geintem Russland blieben «ausgerechnet die Kommunisten die Hoffnung aller Demokraten Russlands». Das Volk, klagte Politkovskaja, schluckte diese demokratische Entmündigung. Als Resultat blieb «eine Sowjetunion nach neuer Fassung, ein bisschen angetüncht und aufgehübscht, ein bisschen modernisiert, aber eben eine Sowjetunion».

Zuweilen erlaubte sich Politkovskaja auch leichte Ironie in der Darstellung der handelnden Autokraten. In einem Treffen Putins mit Menschenrechtlern forderte der Kinderarzt Leonid Roschal spontan die Freilassung Michail Chodorkowskis. Dieser ehemals reichste der russischen Oligarchen sitzt heute wegen angeblichen Betrugs in Sibirien im Gefängnis; sein eigentliches Verbrechen war aber, wie viele Beobachter meinen, seine politische Ambition. Und so schildert Politkovskaja die Reaktion Putins auf die Forderung Roschals: «Im Gesicht des Präsidenten spielten die Muskeln. Die Versammelten hielten den Atem an. Denn bisher war Chodorkowski mit keinem Wort erwähnt worden, so als sei Putin ein todkranker Vater und der Jukos-Chef sein missratener Sohn. Nach Roschals Fauxpas [...] verfinsterte sich der Himmel.»

Die Journalistin konzentrierte sich aber nicht allein auf die Beschreibung der Mechanismen der Macht. Wie auch in ihren preisgekrönten Reportagen aus

dem zweiten Tschetschenienkrieg schaut sie sich wachen Auges am Rande der russischen Gesellschaft um. Weit abseits des Kremls beschreibt sie die Folgen der hohen Politik in den Niederungen des Reichs.

Am 20. Juli 2004 wird «gegen vier Uhr morgens in der inguschetischen Siedlung Galaschki der Traktorist Beslan Arapchanow in seinem eigenen Haus vor den Augen seiner Frau und der sieben Kinder zuerst zusammengeschnitten und dann erschossen. Auf Grund eines Irrtums, wie sich herausstellt.» Die Sicherheitskräfte wollten eigentlich den Terroristen Ruslan Chutschbarow umbringen, irrten sich aber in der Hausnummer. Niemand entschuldigte sich bei der Witwe des Ermordeten. Politkovskajas lapidarer Kommentar: «Das ist das wahre Gesicht unserer Antiterroroperation.»

Die Jahre 2003 bis 2006 veränderten Russland grundlegend, und die Journalistin protokollierte diese Entwicklung einer chaotischen Demokratie zu einer immer restriktiveren Autokratie. Ihr ging es um die Beleuchtung von Tatsachen, die in den staatlich kontrollierten Massenmedien gar nicht mehr vorkamen. Von rassistischen Übergriffen erzählte sie ebenso wie von den wahren Umständen der Geiselnahme in der Schule in Beslan am 1. September 2004. Kompromisslos zerrte sie die Übel ihres Landes ans Licht: Machtmissbrauch, Korruption und staatlich sanktionierte Missachtung der Menschenrechte.

Zu den stärksten Schilderungen der institutionalisierten Monstrosität zählt Politkovskajas Besuch bei Ramsan Kadyrow Ende August 2004. Allein die Tatsache, dass die Journalistin in die Höhle des Löwen ins tschetschenische Dorf Zentoroi fuhr, ist ein Beweis ihres selbstmörderischen Mutes. Als erklärte Feindin von Putins Statthalter in Tschetschenien wollte sie wissen, wie es sich in Kadyrows Hochburg lebt. Kadyrow liess sie viele Stunden warten und empfing sie erst nach Einbruch der Dunkelheit: «Das Gespräch schaukelt sich immer mehr auf. «Du bittest für Banditen, [...] dafür wirst du bezahlen» [...]. Ramsan brüllt, in rutsch nervös in seinem Sessel hin und her [...]. Ständig lacht er an völlig unpassender Stelle. Kratzt sich. Verlangt, die Leibwächter sollten ihm den Rücken kraulen. Was sie natürlich tun.» Spätnachts liess Kadyrow die Reporterin nach Grosny zurückbringen. Im Auto weinte sie, wie sie schrieb, «aus Angst und Abscheu». Kadyrows Leibwächter sagte zu ihr: «Weine nicht. Du bist stark.» Noch einmal, postum, zeigt Politkovskaja in diesem Tagebuch ihren einzigartigen Mut, ihre Fähigkeit zur klaren Analyse, ihre Unfähigkeit zu jedem resignativen Pragmatismus. Wie viele der Dissidenten der Sowjetunion war sie eine hell-sichtige, kompromisslose Kritikerin der Staatsmacht. Und wie jene fürchtete sie um ihr Leben, denn sie wusste nur zu gut, mit wem sie es zu tun hatte.

Transformation auf Irrwegen

Andrei Illarionow warnt vor Russlands «gesteuerter Demokratie»

Ein früherer Wirtschaftsberater Putins hat am WIIW-Frühjahrsseminar zu einer beissenden Kritik an der «gesteuerten» russischen Demokratie ausgeholt. Thema war auch die Erweiterungsmüdigkeit der EU, die laut einem Barroso-Berater dringend überwunden werden muss.

T. K. Wien, 24. März

Das Frühjahrsseminar des Wiener Institutes für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW) war am Freitag einmal mehr einer der gediegensten Anlässe in der Agenda der hiesigen Transformations-Fachleute und Ost-Investoren. Zwei Fragen beschäftigten diese Kreise gegenwärtig ganz besonders: Was geht vor in Putins Russland, und wie weit in den Osten wird sich die EU-Aussengrenze und damit auch die Pax Europaea künftig noch verschieben lassen?

Weltpolitisches Novum

Was sich zurzeit in Moskau abspielt, hat es laut Wladimir Putins früherem Chefberater für Wirtschaftsfragen, Andrei Illarionow, weltweit noch nie gegeben: Dass sich Diktatoren der Geheimpolizei bedienen, ist nicht neu, dass Geheimdienste und Militärinstitutionen – in Russland wird dafür der Sammelbegriff «Silowiki» verwendet – ihre Hände aber auf alle gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Institutionen und selbst auf die natürlichen Ressourcen, die Medien und den Produktionsapparat eines Landes legen, um faktisch allein und ohne Kontrolle herrschen zu können, sei aber ein weltpolitisches Novum.

Illarionow, der die Entwicklung hin zum sogenannten Silowiki-Modell bereits 2004 scharf kritisierte, sich Ende 2005 mit Putin definitiv überwarf und sein Beratermandat zurücklegte, stellt heute bei 770 der 1000 einflussreichsten politischen und wirtschaftlichen Führungskräfte seines Landes Geheimdienst-Hintergründe fest. Die Judikative sei schon vollständig unterwandert, die Geheimdienst-Körperschaften hielten sich nur mehr selektiv an die Gesetze, alle zur Beurteilung von Wahlvorgängen entwickelten OSZE-Kriterien würden krass verletzt, mit freien Wahlen sei deshalb nicht mehr zu rechnen. Ausserdem stünden sämtliche wirtschaftlich erfolgreichen Unternehmen des Landes – persönlich oder über ihren Finanzverkehr – mit der Geheimpolizei in Kontakt. Auch die im Rahmen der neuen «öffentlich-privaten Partnerschaften» tätigen ausländischen Investoren hofierten der Macht und stützten damit Putins System gleichfalls.

So wie Russland keine freie, sondern eine gesteuerte Demokratie sei, könne heute nicht mehr von einer freien, sondern nur noch von einer autoritär gesteuerten Marktwirtschaft die Rede sein. Die neue russische «Klassengesellschaft» ist laut Illarionow ausserstande, ein für die Entwicklung des Landes gedeihliches Umfeld zu schaffen. Wenn die Wirtschaft weiterhin mit jährlich 6% bis 7% wachse, dann nur wegen der sogenannten Windfall-Profite (Zufallsgewinne) aus den hohen Energiepreisen. Die Industrieproduktion liege noch immer um einen Drittel hinter den in Zeiten der Sowjetunion erzielten Vergleichswerten zurück. Das Land be-

finde sich faktisch in einer schweren Rezession, seine wirtschaftliche Leistungskraft hinke selbst hinter jener der nicht energieproduzierenden Mitglieder der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten her.

Rekordhohe Mordraten

Das neue Russland ist laut Illarionow für die Bevölkerung aber auch zu einem Sicherheitsrisiko geworden. Die Kriminalitäts- und Mordraten überschritten heute die hohen, während der «Russlandkrise» (1998) verzeichneten Werte deutlich. Wenn sich Putin in der Bevölkerung gleichwohl einer grossen Popularität erfreue, dann – so antwortete Illarionow auf eine Frage aus dem Publikum – weil er es verstehe, die phantastischen Windfall-Profite der letzten Jahre als eigene Leistung darzustellen. Im Übrigen zweifelt der Moskauer Wirtschaftswissenschaftler, der heute auch für das Washingtoner Cato-Institut unterwegs ist, aber an den angeblich so hohen Beliebtheitswerten des Staatschefs. Der Silowiki-Apparat verstehe es, mit seinem Korruptions- und Einschüchterungspotenzial auf die Stimmung einzuwirken, die strikte Medienkontrolle lasse die politische Opposition verstummen.

Illarionow wagt nicht zu hoffen, das Silowiki-Modell könne durch einen abrupten Zerfall der Energiepreise Schaden nehmen. Auch wirtschaftlich ruinöse Diktaturen, die sowjetische etwa oder die kubanische, hätten sich über Jahrzehnte hinaus an der Macht gehalten. Wie der griechische Wirtschaftsexperte und Berater von EU-Kommissionspräsident Barroso, Loukas Tsoukalis, in Wien bestätigte, perlen an Moskau die sonst (etwa im Falle Georgiens oder Aserbeidschans) so erfolgreichen Modernisierungs-Lockungen Brüssels (Handelsliberalisierungen, Finanzhilfen usw.) einfach ab. Im Gegenzug könnten deshalb keine Konzessionen, etwa zur gemeinsamen Gestaltung der Energiepolitik, erwirkt werden.

Grenzen der Pax Europaea

Gegenüber den anderen europäischen Transformationsländern verzeichnet die rudimentäre EU-Aussenpolitik (ihr wichtigster Teil ist vorläufig die Erweiterungspolitik) jedoch eindruckliche Erfolge. Jenen zehn, die der EU bereits angehören, bringt sie wirtschaftliche Entwicklung, Wohlstand und hilft auch mit, das Trauma aus einem halben Jahrhundert Kommunismus zu überwinden. Die weitere Bereitschaft zur Ausbreitung der Pax Europaea stosse jetzt aber – so Tsoukalis – an Grenzen. So glaubt der Grieche nicht, dass die vorläufig noch nicht eingebundenen Länder des Balkans («ausser vielleicht Kroatien») die Kraft zu den von der EU verlangten politischen und institutionellen Anpassungen aufbringen werden. Und in der EU-Bevölkerung selbst hätten sich die alten Frustrationen gegenüber der Brüsseler Bürokratie in letzter Zeit genau an der Erweiterungsfrage entladen. Diese werde nun als Sündenbock auf den Altar der von einer Midlife-Crisis geschüttelten Union gelegt. Noch sei ungewiss, wie (mit institutionellen Verbesserungen, mehr Föderalismus?) die für die weitere Ausbreitung der Pax Europaea hinderliche Krise überwunden werden könne. Die Sicherung von Frieden und Prosperität im östlichen Transformationsraum wird von Tsoukalis jedoch als allzu dringend empfunden, als dass auf «mehr Phantasie und Grosszügigkeit» – etwa bei der Einrichtung finanziell interessanter «Warteräume» für spätere EU-Beitritte – verzichtet werden könne.

NZZ 26.3.07

pen ein. Beteiligt waren auch Kampfbomber und Aufklärungsflugzeuge. Der neue russische Ministerpräsident Wladimir Putin behauptete, die Lage werde sich bis in spätestens zwei Wochen normalisieren ...

Der Krieg im Nordkaukasus geriet indessen bald ausser Kontrolle. Als Reaktion auf den Vormarsch "islamistischer" Kämpfer aus Tschetschenien in das benachbarte Dagestan bombardierten russische Flugzeuge Ortschaften in Tschetschenien. Dabei ging es offenbar auch gegen die Hochburg des Rebellenführers Schamil Bassajew. (Bassajew war der Geiselnahmer von Budjonnowsk und leitete auch den Sturm auf Grosny im August 1996.) Russland führte praktisch einen neuen Krieg gegen Tschetschenien, ohne diese Realität wirklich beim Namen zu nennen.

Am 13. September wurde in Moskau an der Kaschirer Chaussee ein Wohnblock in die Luft gesprengt; über hundert Menschen blieben tot in den Trümmern. Aehnlichen Attentaten fielen weitere rund 300 Russinnen und Russen zum Opfer. Jelzin erklärte, der Terrorismus habe dem Land den Krieg erklärt. Die Behörden sprachen - ohne Beweise - von der nordkaukasischen Spur. Für die Anschläge seien jene tschetschenischen Extremisten verantwortlich, die in den Wochen zuvor der russischen Armee einen verbissenen Guerillakrieg in den dagestanischen Bergen geliefert hatten. In ihren Reihen kämpften nach russischer Darstellung "Gotteskrieger" aus arabischen Ländern und Zentralasien. Der offizielle Vertreter Tschetscheniens in Moskau stellte die Bombenattentate und die Gefechte in Dagestan als Teil eines Plans des russischen Inlandgeheimdienstes hin, um die Lage zu destabilisieren und so Putin als starkem Mann den Weg zum Präsidentenamt zu ebnen. Der Milizenchef Bassajew habe sich lediglich für diese Machenschaften einspannen lassen.

Ende September 1999 erklärte Putin, Russland habe in den letzten Tagen mehrfach Bodentruppen in Tschetschenien eingesetzt. Im Oktober und November eroberten die russischen Streitkräfte den Grossteil des Tieflandes in der nördlichen Hälfte Tschetscheniens. Die Hauptstadt Grosny wurde umzingelt, blieb aber noch in tschetschenischer Hand, was auch für die angrenzenden Gebiete im Süden und Osten sowie die Gebirgstäler im Süden galt. Die Lage der Zivilbevölkerung wurde katastrophal.

Am 25. Dezember setzten die Russen zum Grossangriff auf Grosny

an, ohne die Stadt, die völlig zerstört wurde, zunächst unter Kontrolle bringen zu können. Mit Guerilla-Attacken leisteten die Tschetschenen hinhaltenden Widerstand. Das russische Desaster des ersten Kriegs wiederholte sich. Erneut wurden die schweren Verluste verschleiert und auch dieses Mal erklärten die politischen und militärischen Führer, der endgültige Sieg stehe kurz bevor. Während aber im ersten Krieg der Widerstand in der Öffentlichkeit gross war, blieb es dieses Mal bei vereinzelten Aktionen. Putins Popularität blieb ungebrochen. Am 26. März 2000 wurde er schon im ersten Wahlgang zum Präsidenten Russlands gewählt.

Die Entwicklung der letzten Jahre im Nordkaukasus erinnert in vielem an die Zeit der russischen Eroberung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Die Tschetschenen waren, anders als die meisten Völker des benachbarten Dagestan, erst spät und nur oberflächlich islamisiert worden. Das rücksichtslose russische Vordringen in den Kaukasus lieferte den Impuls für eine nachhaltige Islamisierung. Die russische Gewaltpolitik der Gegenwart hat mittlerweile eine zweite Islamisierung Tschetscheniens in Gang gebracht. Wie einst in Afghanistan rief Moskau die Geister, die es zu bekämpfen vorgab, erst auf den Plan. Noch während des ersten Tschetschenien-Krieges wurde die Scharia eingeführt, um in dem in Chaos und Anarchie versinkenden Land ein Mittel zur Disziplinierung der selbtherrlichen Kriegsherren zur Hand zu haben. Damit wurde ein Prozess der Islamisierung gefördert, der im Februar 1999 in die Ausrufung eines "islami-schen Staates" mündete.

Russlands offene Wunde

Die von Moskau versprochene Stabilität in der Kaukasusrepublik bleibt weiterhin nur ein ferner Traum. Fast täglich kommt es zu Anschlägen der separatistischen Guerilla, während die russische Armee ein Willkürregime errichtet hat, das selbst moskau-freundliche Tschetschenen abstösst. Die Guerilla ist eine heterogene Allianz aus tschetschenischen Nationalisten und Islamisten, aus ausländischen Mujahedin und bewaffneten Verbrechergruppen. Ihr Rückhalt in der Bevölkerung ist schwer abzuschätzen, reicht aber offenbar aus, um selbst am hellichten Tag in den Städten

und Dörfern operieren zu können. Mit ihrem Vorgehen gegen die Zivilbevölkerung führen die russischen Truppen den Separatisten neue Anhänger zu. Weder in den Wiederaufbau noch in das Sozialwesen steckt Moskau nennenswerte Summen. Der Bürgerrechtler Sergej Kowaljow meinte: "Wenn sich Moskaus Politik im Nordkaukasus nicht radikal ändert, wird dieser Konflikt nicht ein, zwei oder drei Jahre, sondern länger dauern. Ein Partisanenkrieg lässt sich mit militärischen Mitteln nicht gewinnen. Er wird einmal abflauen und dann wieder aufflackern, aber er wird nie zu Ende gehen." (NZZ 24.11.00)

Am 22. Januar 2001 kündigte Präsident Putin einen Teilabzug russischer Truppen aus Tschetschenien an und übertrug die Gesamtleitung der Militäroperationen dem Chef des Inlandgeheimdiensts FSB Nikolaj Patruschew, ein Beleg, dass Putins Machtbasis in den Geheimdiensten liegt und er seine dortigen Vertrauensleute für immer mehr Aufgaben heranzieht.

Zu Beginn des Jahres 2003 zeigte sich, dass Moskau weiterhin ohne jedes Verständnis für den tschetschenischen Selbständigkeitswillen war und nach wie vor behauptete, in Tschetschenien habe man es ausschliesslich mit einem Ableger des internationalen Terrorismus zu tun. Russland liess die Verhandlungen über eine Verlängerung der OSZE-Mission (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) scheitern; die Beobachter hatten Tschetschenien zu verlassen. Vorschläge für eine politische Lösung des Tschetschenienkonflikts beachtete Russland nicht. Ein in Liechtenstein von russischen und tschetschenischen Gesprächspartnern erarbeitetes Autonomiemodell sah weitgehende Selbstbestimmung in Innen- und Aussenpolitik vor, belies aber die Republik in der Russischen Föderation. Der Kreml setzte indessen weiter auf eine militärische "Lösung".

Bei den Präsidentschaftswahlen vom 5. November 2003 ging der von Russland eingesetzte Verwaltungschef in Tschetschenien, Achmed Kadyrow, als Sieger hervor. (Moskau anerkannte den von den Tschetschenen gewählten Maschadow nicht mehr.) OSZE und Europarat, die die Entsendung von Beobachtern abgelehnt hatten, bewerteten die Wahl als unfair und vom Kreml gesteuert. Nach seinem Sieg kündigte Kadyrow ein noch härteres Vorgehen gegen Islamisten und Befürworter der Unabhängigkeit von Tschetschenien an, sprach sich aber für eine weitgehende Autonomie der Republik

innerhalb der Russländischen Föderation aus. Bei der Feier zum Ende des Zweiten Weltkriegs in Grosny fiel Kadyrow am 9. Mai 2004 einem Bombenanschlag zum Opfer, zu dem sich der Rebellenführer Schamil Bassajew bekannte. Am 29. August 2004 wurde der Kandidat des Kremls, Alu Alchanow, zum Nachfolger gewählt. Nach seiner Amtseinführung ernannte Alchanow am 15. Oktober 2004 Ramsan Kadyrow, den Sohn des ermordeten Präsidenten, zum Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten. Sofort Präsident werden konnte er nicht, da er zu jung war. Er galt aber als eigentlicher Machthaber.

Ueber 30 bewaffnete tschetschenische Terroristen stürmten am 1. September 2004 in der Stadt Beslan in der Republik Nord-Ossetien eine Schule und nahmen mehr als 1300 Schüler, Eltern und Lehrer als Geiseln. Sie forderten die Freilassung inhaftierter Rebellen in Inguschetien, die Unabhängigkeit Tschetscheniens und den Abzug russischer Truppen. Sondertruppen des Inlandgeheimdienstes FSB stürmten die Schule. 330 Geiseln, darunter 176 Kinder starben. Bis auf einen sollen alle Terroristen umgekommen sein. Der zum islamistischen Flügel der Rebellen zählende Schamil Bassajew bekannte sich zum Verbrechen. (Bassajew wurde am 10. Juli 2006 vom FSB getötet.) Nach Beendigung der Geiselnahme richtete sich heftige Kritik gegen das Vorgehen der Sicherheitskräfte und der Geheimdienste, die teilweise chaotisch agiert hatten. Missbilligung fand auch die Informationspolitik der Behörden und die stark eingeschränkte Medienberichterstattung. 24'000 Sicherheitskräfte schützten am 27. November 2005 die Wahlen zu den beiden Kammern des tschetschenischen Parlaments. Laut offiziellen Angaben errang die Partei von Präsident Putin "Einiges Russland" mehr als 61 % der Stimmen. Nach Angaben der Zentralen Wahlkommission beteiligten sich 69 % der 600'000 Stimmberechtigten an den Wahlen. Menschenrechtler kritisierten die Parlamentswahl als Farce.

Nach der offiziellen Nominierung durch Putin wurde Ramsan Kadyrow (geboren 1976) durch das Parlament in Grosny zum Präsidenten Tschetscheniens gewählt (2. März 2007). Seinen Aufstieg verdankte Kadyrow Putin, seinem Vater und den Kadyrowzi, den ihm gegenüber loyalen Truppen des tschetschenischen Innenministeriums, von denen der Grossteil einst auf Seiten der Rebellen gegen die Russen gekämpft hatte. Kadyrow hatte erfolgreich die Praxis

seines Vaters fortgesetzt, Rebellen durch Argumente, Geld und auch Gewalt - zum Beispiel durch die Entführung von Angehörigen - zum Ueberlaufen zu bewegen. Nach und nach hat der Kreml den wegen seiner Brutalität und mangelnden Bildung geschmähten, aber schlaunen und offensichtlich mit einem sicheren Machtinstinkt versehenen Kadyrow belohnt und aufgebaut. Kadyrows Autorität speist sich nicht nur aus seiner bewaffneten Anhängerschaft, sondern auch aus sichtbaren Fortschritten beim Wiederaufbau des zerstörten Landes sowie einer zaghaften Stabilisierung und Normalisierung. Grosnys Hauptstrasse, der Ahmed-Kadyrow-Prospekt, ist vollständig renoviert. Allerdings kann man in Grosny sonst nur von Inseln des Wiederaufbaus sprechen. Abseits der grossen Strassen prägen Häuserruinen und zerfallene Wohnblöcke wie hohle Zähne das Bild. Die Mehrheit der auf zwischen 200'000 und 300'000 geschätzten Einwohner Grosnys lebt nach wie vor in halb zerstörten Häusern. Nirgends in der ganzen Stadt funktioniert die Kanalisation, Wasser wird noch immer aus Tankwagen angeliefert, in vielen Stadtteilen gibt es noch keine gesicherte Strom- und Gasversorgung. Die Bewohner zapfen selbst Gas- und Elektrizitätsleitungen an. Die Hauptstadt hat einen nagelneuen Flughafen. Auch die Universität ist eine der Inseln des Wiederaufbaus. Die Arbeitslosigkeit beträgt allerdings 80 %.

Um Kadyrow hat sich ein Personenkult entwickelt, ein für die tschetschenische Gesellschaft, die auf Clanstrukturen aufbaut, unnatürliches Phänomen. Menschenrechtler und die im Oktober 2006 erschossene Journalistin Anna Politkowskaja haben ihm immer wieder die Verantwortung für Entführungen, Folter und Ermordung von Tschetschenen zugeschrieben, die im Verdacht standen, auf Seiten der Rebellen zu kämpfen. (Nach einem Situationsbericht von Stephan Hille, NZZ 6./7. Januar 2007)

Tschetschenien und der Terrorismus

Die russischen Behörden bezeichnen die tschetschenischen Rebellen als Terroristen und Banditen. Deren Kampfmethoden - Sprengstoffanschläge und bewaffnete Ueberfälle - werden als terroristisch eingestuft. Bei solchen Aktionen kommen jeden Monat Dutzende von russischen Soldaten ums Leben. Es handelt sich jedoch eher um typische Guerillamethoden, die sich in der Regel gegen rein militärische Ziele wenden. Auf die wahllose Ermordung von Zivilisten zwecks allgemeiner Einschüchterung haben es die Separatisten nicht abgesehen. Dennoch sind solche Mordtaten selbst unter Tschetschenen umstritten.

Die Ermordung von gemässigten islamischen Geistlichen geht auf das Konto von islamistischen Gruppen, die sich schon während der Zeit der Quasiunabhängigkeit von 1997 - 1999 der Kontrolle durch die tschetschenische Regierung von Präsident Maschadow entzogen und seit Ausbruch des zweiten Krieges erst recht ihr Eigenleben führen.

Moskau spricht von internationalem Terrorismus, weil auf tschetschenischer Seite Freiwillige aus der islamischen Welt kämpfen. Sie standen bis zu dessen Tod 2002 unter dem Kommando des Saudiarabiers Chattab, bezeichnen ihren Kampf als Jihad und verbreiten über das Internet islamistisches Gedankengut, wie es auch aus Konfliktgebieten wie Kaschmir, Afghanistan oder aus dem Nahen Osten bekannt ist. Ueber Chattab sollen umfangreiche Spendengelder aus der islamischen Welt geflossen sein. Die Zahl dieser Kämpfer ist unsicher. Die russische Darstellung, wonach die "Araber" das Rückgrat der tschetschenischen Rebellen bilden, gehört ins Reich der Propaganda. Moskau lenkt damit von der Tatsache ab, dass der Tschetschenienkonflikt weitgehend hausgemacht ist. Araber fallen unter Tschetschenen rein äusserlich sofort auf und haben damit unter den Bedingungen eines Partisanenkampfes klare Nachteile. Die russische Seite gibt zu, dass viele Rebellen tagsüber unauffällig in den Dörfern leben.

Konstant verweist Moskau auf angebliche Beziehungen zwischen Chattab und Usama bin Ladin. Tatsächlich hat Chattab einst in Afghanistan gekämpft. Eine Anzahl von tschetschenischen Separatisten hat afghanische Ausbildungslager durchlaufen. Die Taliban anerkannten als einzige Regierung der Welt die Unabhängigkeit

Tschetscheniens. Konkrete Fakten über Verbindungen zwischen bin Ladin und der tschetschenischen Guerilla, z.B. über Finanzströme und Waffenhilfe, hat Moskau indessen kaum vorzuweisen. Von Chattab geführte Ausbildungslager für militante Islamisten gab es bis zum russischen Einmarsch 1999 immerhin an drei Orten. Ausgebildet wurden junge Männer aus dem arabischen Raum, aus Zentralasien und der Kaukasusregion. Maschadow erklärte 1998 die Lager als illegal, vermochte sich aber nicht durchzusetzen. Viele Russen betrachten Tschetschenien als Hort des Terrorismus seit im September 1999 Attentäter innert weniger Tage vier Wohnhäuser in Moskau, Buinaksk und Wolgodonsk in die Luft sprengten. Die Behörden verhafteten mehr als zehn Personen und erstellten eine Liste von rund dreissig Verdächtigen, doch keine einzige Person war tschetschenischer Nationalität. Mehrere Verdächtige stammten aus Karatschai-Tscherkessien im Nordkaukasus, andere aus Dagestan. Nach dem russischen Geheimdienst liefen die Fäden beim Araber Chattab zusammen.

Innerhalb der tschetschenischen Unabhängigkeitsbewegung gibt es verschiedenste Kräfte, die terroristischen Islamisten bilden nur eine davon. Dass sich ein Warlord wie Chattab, der Tschetschenien für seine Pläne einer islamischen Weltrevolution missbraucht, einnisten konnte, erweist sich als fatal. Zur Tragödie dieser Republik gehört jedoch auch der unverhältnismässige Gewalteinsatz der russischen Truppen.

Nach den Anschlägen am 11. September 2001 in New York und Washington stellte sich Präsident Putin sofort an die Seite der USA und erklärte, der Westen werde nun den Kampf Russlands gegen den tschetschenischen Terrorismus besser verstehen. Bundeskanzler Schröder rief sogleich zu einer "differenzierteren Bewertung" des Geschehens in Tschetschenien auf, und in den USA erklärte ein Präsidentensprecher, es stehe ausser Frage, dass es in Tschetschenien internationale Terroristen mit Verbindungen zu Usama bin Ladin gebe. Der Bericht des Staatssekretariats vom April 2001 hatte noch keinerlei Verbindungen zwischen Terrorismus und tschetschenischem Separatismus verzeichnet.

Am 23. Oktober 2002 nahmen rund 50 tschetschenische Terroristen und Terroristinnen in einem Moskauer Musical-Theater gegen 1000 Geiseln. Sie forderten ultimativ den Rückzug der russischen Truppen aus Tschetschenien. Die Geiselnnehmer brachten

Sprengladungen an und drohten, das Gebäude in die Luft zu jagen, falls ihre Forderungen nicht erfüllt würden. Am 26. Oktober pumpten russische Spezialeinheiten ein Kampfgas in das Gebäude und stürmten es anschliessend. Die Geiselnahmer und über hundert Geiseln kamen um, weitgehend wegen des Gaseinsatzes und der völlig ungenügenden Nachbehandlung. Der Anführer der Terroristen war Mowsar Barajew, der zum radikalislamischen Flügel des tschetschenischen Widerstandes gehörte. Sein Auftauchen in Moskau, die Ausstrahlung eines Bekenner-Videos durch den katarischen Fernsehsender al-Jazira sowie der für den Krieg im Kaukasus eher ungewöhnliche Umstand, dass sich auch 18 Frauen an der Geiselnahme beteiligten und die Täter und Täterinnen notfalls ihr Leben opfern wollten, konnten auf eine Verbindung zum internationalen islamistischen Terror deuten.

Ein weiterer Terroranschlag erschütterte am 27. Dezember 2002 Grosny und forderte über 80 Tote. Drei Attentäter fuhren mit zwei Fahrzeugen zum Sitz der prorussischen tschetschenischen Regierung und zündeten ihre Sprengladungen.

Tschetschenische Rebellen verübten auch in den Jahren 2003 und 2004 Anschläge innerhalb und ausserhalb Tschetscheniens. So sprengten sich am 5. Juli 2003 zwei Selbstmordattentäterinnen bei einem Open-Air-Konzert in Moskau in die Luft und rissen 15 Menschen mit in den Tod. Wenige Wochen später tötete ein Attentäter mit an einem Lastwagen befestigten Sprengsätzen bei einem Militärkrankenhaus in Mosdok (Inguschetien) mindestens 50 Personen. Anfang Dezember 2003 kamen in der Region Stawropol 47 Reisende eines Zugs durch ein Bombenattentat um. In der Moskauer Metro starben am 6. Februar 2004 39 Passagiere bei einem Selbstmordattentat. Der Sommer 2004 brachte einen traurigen Höhepunkt. Am 24. August explodierten fast zeitgleich zwei russische Flugzeuge in der Luft (90 Tote). Am 1. September besetzten mehr als 30 Bewaffnete eine Schule in Beslan (Nordossetien). 1200 Personen, darunter viele Kinder, wurden als Geiseln genommen. Russische Sicherheitskräfte stürmten das Gebäude. Weit über 300 Menschen, rund die Hälfte Kinder, kamen dabei um.

